

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Finanzpolitik

Nr. 247/13 vom 25. April 2013

Tobias Koch zu TOP 17 und 41: SPD, Grüne und SSW wollen mit Augenwischerei von ihrem finanzpolitischen Unvermögen ablenken

Sperrfrist: Redebeginn!

Es gilt das gesprochene Wort!

Das verbindende Element der beiden unter diesem Tagesordnungspunkt zusammengefassten Anträge ist die zunehmende Hilflosigkeit der Regierungskoalition bei der Einhaltung der Schuldenbremse. Besoldungsdiktat bei den Beamtinnen und Beamten, Grunderwerbsteuer auf den bundesweiten Rekordwert, Forderung nach milliardenschweren Steuererhöhungen durch den Bund und jetzt der Versuch, die Zinsen in einen Fonds auszulagern und anderen aufs Auge zu drücken – das sind die untauglichen Rezepte dieser Küstennebelkoalition.

Als die CDU bei den Haushaltsberatungen beantragt hat, die Neuverschuldung um 130 Millionen Euro niedriger anzusetzen, wurde das aus den Reihen der Regierungsfractionen als „Irrsinn“ abgetan – die jetzt vorliegenden Zahlen für das 1. Quartal geben unseren Anträgen jedoch im Nachhinein Recht.

Was wir brauchen, ist deshalb ein Nachtragshaushalt, der die falschen Ansätze bei Steuereinnahmen und Zinsausgaben korrigiert. Und wir brauchen einen überarbeiteten Eckwertebeschluss für 2014, der keine falschen Weichen stellt: Noch nie zuvor in der Geschichte haben die Menschen in Schleswig-Holstein

so viele Steuern gezahlt, wie in den ersten drei Monaten dieses Jahres!
Und da wollen Sie weiter an der Steuerschraube drehen, Herr
Ministerpräsident? Es ist doch das Gegenteil einer wachstumsorientierten
Politik, wenn Investoren und junge Familien das Land verlassen, weil Sie die
Grundstückspreise mit Ihrer Politik immer weiter in die Höhe treiben.
Und genau so schaden Sie Schleswig-Holstein, wenn Sie unsere Mitarbeiter
demotivieren. Das konnten Sie gestern bei dem Pfeifkonzert vor dem Landtag
selbst erleben. Mit einer Bezahlung nach Kassenlage, Nullrunden für die
Spitzenkräfte und Gehaltssteigerungen unterhalb der Inflationsrate gewinnen
Sie keine qualifizierten Nachwuchskräfte. Ziehen Sie Ihr Besoldungsdiktat
zurück. Der finanzielle Spielraum dafür ist vorhanden, und das wissen Sie auch
ganz genau, Herr Ministerpräsident!

Kommen wir nun zum Vorschlag eines Altschuldentilgungsfonds.
Der Grundgedanke des vorliegenden Antrags ist nicht neu - man könnte sogar
sagen, er ist abgeschrieben - denn er geht zurück auf den Vorschlag von
Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, den dieser bereits 2008 in die
Föderalismuskommission eingebracht hat.
Zusammenfassung der Schulden von Ländern und Kommunen in einem
Altschuldenfonds, verbindlicher Tilgungsplan über rund fünfzig Jahre und
anteilige Bedienung aus den freiwerdenden Mittel des Solidarpaktes - diese
Kernelemente des Carstensen-Vorschlags finden sich heute 1 zu 1 im Antrag
der Fraktionen von SPD, Grünen und SSW wieder.

So wie Sie Ihren Vorschlag konzipieren, geht es Ihnen aber vorrangig gar nicht
um die Tilgung der Altschulden. Die Wahrheit ist vielmehr: Sie wollen sich
neue Haushaltsspielräume eröffnen und die Einhaltung der Schuldenbremse
erreichen, indem Sie die Zinslasten auf den Bund verschieben.
Die Zinsen für die Schulden der Länder und Kommunen – die in ihrem Antrag
mit 25 Mrd. Euro angegeben werden – sollen zukünftig aus dem
Solidaritätszuschlag bezahlt werden. Nach der letzten Steuerschätzung wird
für dieses Jahr ein Aufkommen aus dem Soli von 14 Mrd. Euro erwartet. Wie
Sie die Deckungslücke von 11 Mrd. Euro schließen wollen, dazu findet sich in
ihrem Antrag kein einziges Wort.

Dieser Konstruktionsmangel des vorliegenden Antrages lässt sich allerdings
beheben, indem man die Vorgehensweise umkehrt:
Länder und Kommunen zahlen dann weiterhin die Zinsen für die Schulden, die
sie in der Vergangenheit selbst gemacht haben. Die Einnahmen aus dem
Solidaritätszuschlag werden hingegen verwendet, um diese Schulden Schritt
für Schritt zu tilgen.

Bei rund 750 Mrd. Euro an Schulden von Ländern und Kommunen und einem
aktuellen Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag von 14 Mrd. Euro wären
die Schulden dann nach 53,5 Jahren vollständig abbezahlt.

Die Länder und Kommunen würden mit fortschreitender Tilgung sukzessive von rückläufigen Zinslasten profitieren und daraus würden sich dann im Laufe der Jahre neue Handlungsspielräume ergeben. Am Anfang nur im geringen Umfang, mit fortschreitender Dauer aber immer stärker aufwachsend. Das wäre eine seriöse und kaufmännisch solide Vorgehensweise, während ihr Vorschlag doch eher einem gehebelten Zins-Hedge-Wundertüten-Derivat entspricht.

Sie wollen mit Ihrem Vorschlag eine sofortige Zinsentlastung von 250 Millionen Euro für Schleswig-Holstein erreichen, wohingegen ein Altschuldentilgungsfonds bei realistischer Vorgehensweise dazu knapp 15 Jahre benötigen wird.

Ihr Antrag bringt damit die vollkommene Ratlosigkeit zum Ausdruck, wie Sie in den nächsten Jahren die Schuldenbremse in Schleswig-Holstein einhalten wollen.

Stattdessen rufen Sie lieber nach Steuererhöhungen im Bund und versuchen jetzt mal eben so die Zinsen verschwinden zu lassen. Alles Augenwischerei, um vom eigenen Unvermögen abzulenken.

Ich bitte in beiden Punkten um Zustimmung zu den Anträgen der CDU-Fraktion.